



Nicola Spakowski

China seit 1978

Politik, Wirtschaft, Gesellschaft

Kohlhammer

Kohlhammer

Die Autorin



© Michael Spakowski

Prof. Dr. Nicola Spakowski lehrt Sinologie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Ihr Forschungsinteresse gilt der Geschichte Chinas im 20. und 21. Jahrhundert. Sie befasst sich insbesondere mit sozialhistorischen Fragestellungen, der Geschichte des chinesischen Feminismus sowie Fragen von Vergangenheit und Zukunft im Transformationsprozess Chinas.

Nicola Spakowski

China seit 1978

Politik, Wirtschaft, Gesellschaft

Verlag W. Kohlhammer

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Warenbezeichnungen, Handelsnamen und sonstigen Kennzeichen in diesem Buch berechtigt nicht zu der Annahme, dass diese von jedermann frei benutzt werden dürfen. Vielmehr kann es sich auch dann um eingetragene Warenzeichen oder sonstige geschützte Kennzeichen handeln, wenn sie nicht eigens als solche gekennzeichnet sind.

Es konnten nicht alle Rechtsinhaber von Abbildungen ermittelt werden. Sollte dem Verlag gegenüber der Nachweis der Rechtsinhaberschaft geführt werden, wird das branchenübliche Honorar nachträglich gezahlt.

Umschlagabbildung: Skyline von Pudong, Shanghai (via Wikimedia Commons, CC0).

1. Auflage 2022

Alle Rechte vorbehalten

© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-17-033156-3

E-Book-Formate:

pdf: ISBN 978-3-17-033157-0

epub: ISBN 978-3-17-033158-7

Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung

2 Von Mao Zedong zu Xi Jinping: Wechselnde Führungsgenerationen und ihre Programmatik

- 2.1 Deng Xiaoping und der Übergang von der »Kulturrevolution« zu »Reform und Öffnung« (1970er Jahre)
- 2.2 Zweite Führungsgeneration: Beginn der ökonomischen Reformen und Tiananmen-Krise (1980er Jahre)
- 2.3 Dritte Führungsgeneration: Institutionalisierung der Reformen und beschleunigtes Wachstum (1990er Jahre)
- 2.4 Vierte Führungsgeneration: Kontrolliertes Wachstum und gesellschaftliche Freiräume (2000er Jahre)
- 2.5 Die Ära Xi Jinping: Kontrolle nach innen, Weltgeltung nach außen (seit 2012)

3 Politisches System und Strategien des Machterhalts

- 3.1 Dynamischer und anpassungsfähiger Autoritarismus
- 3.2 Parteistaat und politische Elite
- 3.3 Kooperation zwischen Staat und Gesellschaft: Partizipation, Konsultation, Kooptation
- 3.4 Konfrontation zwischen Staat und Gesellschaft: Politischer Dissens und Protest, Kontrolle und Repression

4 Ökonomisches System und Wachstumsstrategien

- 4.1 Staatskapitalismus/autoritärer Kapitalismus und seine sub- und transnationale Dimension
- 4.2 Voraussetzungen der Reformen und Reformansatz

4.3 Wachstumsstrategien: vom ländlichen Boom zur globalen Expansion

5 China und die Welt: Außenpolitik

5.1 Rahmenbedingungen, Grundprinzipien und wechselnde außenpolitische Strategien seit Anfang der 1970er Jahre

5.2 Chinas Rolle in der internationalen Ordnung

5.3 China in Asien

5.4 China und die USA

6 Gesellschaft im Kontext von Autoritarismus und Kapitalismus

6.1 Stadt und Land, Arm und Reich

6.2 Bevölkerungspolitik, Gender, Familie

6.3 Ethnizität: Die Konfliktregionen Tibet und Xinjiang

7 Schluss

8 Anmerkungen

9 Literatur

10 Abbildungsverzeichnis

11 Index

12 Abkürzungsverzeichnis



1 Einleitung

Die Volksrepublik China hat seit 1978 – dem Jahr, das als Beginn der Reformpolitik gilt – beachtliche Erfolge erzielt: Sie hat das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf von 156 US-Dollar im Jahr 1978 auf 10.262 US-Dollar im Jahr 2019 gesteigert.¹ Gleichzeitig hat sie nach Weltbankberechnungen 850 Mio. Menschen aus der Armut geholt und, gemessen am eigenen, niedrigeren Grenzwert, im Jahr 2020 die absolute Armut sogar ganz beseitigt.² Auf der anderen Seite des sozialen Spektrums befinden sich die Dollar-Milliardäre. Hier wies China 2021 mit 1.058 Personen erstmals einen höheren Wert als die USA mit 696 Personen auf.³ Armutsreduktion und Wohlstandsgewinn waren begleitet von einer Reduzierung der Analphabetenrate von 34,5 Prozent im Jahr 1982 auf 2,67 Prozent im Jahr 2020.⁴ Auch im internationalen Vergleich hat China in seiner Wirtschaftsleistung rasant aufgeholt: Sein Anteil am globalen BIP (US-Dollar) lag 1978 bei 1,74 Prozent und 2019 bei 16,28 Prozent.⁵ Bereits 2010 hatte China Japan als zweitgrößte Volkswirtschaft überholt. Dass sich das Land in seiner Wirtschaftsleistung an den ersten Platz vor die USA setzen wird, gilt vielen Analysten als eine Sache von wenigen Jahren. Dabei ging Chinas Wachstum mit einer fundamentalen ökonomischen Umstrukturierung einher. So lag der Anteil des Agrarsektors am BIP 1978 bei 27,7 Prozent, 2019 nur noch bei 7,1 Prozent. Der Anteil des Dienstleistungssektors stieg im selben Zeitraum von 24,6 auf 53,9 Prozent.⁶ China ist auch längst nicht mehr das Niedriglohnland, das die Welt ausschließlich mit Billigprodukten versorgt: 58 Prozent seiner Exporte entfielen 2019 auf mechanische und elektronische Güter.⁷ Wachstum und Fortschritt im ökonomischen Bereich trugen

schließlich zu einem immer größeren politischen Einfluss Chinas in der Welt bei.

Internationale Beobachter deuten diese Entwicklungen als Zeichen für den »Aufstieg« Chinas – kommen in der Bewertung desselben aber zu einem gespaltenen Urteil. Während die einen Bewunderung für das Wirtschaftswachstum und geradezu Neid auf die hohe Effizienz des chinesischen Systems äußern, finden die anderen nur Verachtung für Menschenrechtsverletzungen und Repression. Dem Lob für die Eigenständigkeit des chinesischen Weges steht die Verurteilung der Abweichung von westlichen Normen gegenüber. Auch die Erwartungen an die zukünftige Entwicklung Chinas könnten unterschiedlicher nicht ausfallen. Im Extremfall wird China als neue Supermacht imaginiert, die einer illiberalen Weltordnung zum Durchbruch verhelfen wird; oder es wird schlichtweg der Kollaps des chinesischen Systems prophezeit. Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) ihrerseits verschreibt sich der »großen Renaissance der chinesischen Nation« und begeht zentrale Jubiläen der Staats- und Parteigeschichte als Meilensteine auf dem Weg der Verwirklichung des »chinesischen Traums«: 40 Jahre Reform und Öffnung im Jahr 2018, 70 Jahre VR China 2019, 100 Jahre KPCh 2021. Zum hundertjährigen Parteijubiläum im Juli 2021 möchte die chinesische Führung China zu einer »Gesellschaft bescheidenen Wohlstands« gemacht haben. Bis zum Jahr 2049, dem hundertjährigen Jubiläum der Staatsgründung, soll China ein entwickeltes Land sein.

Das vorliegende Buch ist von zwei Anliegen getragen. Zum einen möchte es diesen extremen und vielfach politisierten Einordnungen ein Bild der Heterogenität und Komplexität entgegensetzen, das zu differenzierteren Urteilen zwingt. So verbirgt sich hinter den beeindruckenden aggregierten Werten für die nationale Entwicklung Chinas ein drastisches Entwicklungs- und Wohlstandsgefälle zwischen den Küstenprovinzen und dem Hinterland sowie zwischen Städten und ländlichen Regionen. Der Unterschied zwischen Stadt und Land entscheidet sogar maßgeblich über die soziale Situation und die Aufstiegschancen des Einzelnen. Vorstellungen von einem in seinen ökonomischen oder politischen Strukturen spezifischen chinesischen »Modell« blenden Variationen und komplexe Beziehungsgefüge innerhalb des Landes und auch die Interdependenz zwischen China und dem Ausland aus. So weist China eine Vielzahl regionaler, wenn

nicht sogar lokaler Entwicklungsmodelle auf. Die KPCh hält sich nicht allein durch Repression, Zwang und Kontrolle an der Macht, sondern über diverse Instrumente der Kooperation mit der Gesellschaft. Außerdem ist das Land über Handel, Investitionen und Lieferketten eng mit anderen Ländern verflochten. Hierfür ist die Interdependenz zwischen China und Deutschland ein gutes Beispiel: China ist der wichtigste Handelspartner Deutschlands mit einem Volumen von 212,1 Mrd. Euro – selbst im Corona-Jahr 2020.⁸ Deutsche Automobilkonzerne bezeichnen China sogar als ihren »zweiten Heimatmarkt«, was mit der Bilanz des VW-Konzerns gut veranschaulicht werden kann: Bei diesem betrug 2019 der Anteil der in China verkauften Pkw 38,6 Prozent.⁹ Schon dieses einzige Beispiel von Verflechtung legt nahe, dass wir, wenn wir schon von einem »Aufstieg« Chinas sprechen, uns selbst als Teil dieses »Aufstiegs« begreifen müssen. Allein über China als Absatzmarkt deutscher Autos profitieren wir von einem Regime, das eine zahlungskräftige, autoaffine Mittelschicht geschaffen und an sich gebunden hat. Dass Volkswagen auch in Xinjiang ein Werk unterhält, spitzt das moralische Dilemma der ökonomischen Kooperation mit China nur noch zu. Im Übrigen ist eine dichotomische Gegenüberstellung von einem autoritären China und einem liberalen Westen allein deshalb verfehlt, weil auch »der Westen« weder durch Einmütigkeit der Werte noch durch Geschlossenheit des Handelns gekennzeichnet ist.

Das zweite Anliegen besteht darin, das postmaoistische China nicht mit dem China Xi Jinpings gleichzusetzen. Das vorliegende Buch stellt deshalb keine reine Bestandsaufnahme aktueller Gegebenheiten dar, sondern ist ein Geschichtsbuch, das die Entwicklung Chinas seit 1978 nachzeichnen und Erklärungen für die hohe Dynamik derselben liefern möchte. Das heutige China findet in dieser Darstellung einen prominenten Platz und spielt auch zwangsläufig in das Verständnis vergangener Dekaden hinein. Es ist aber weder das zwingende Resultat der 1978 beschlossenen Abkehr vom Maoismus noch das Ergebnis eines früh beschlossenen Masterplans, an dessen Ende China ein zentraler »player« auf der globalen Bühne sein würde. Genauso wenig ist die Repression, die das China Xi Jinpings auszeichnet, alternativlos, denn Xis Vorgänger haben der Gesellschaft immer wieder größere Freiräume oder gar Mitwirkungsmöglichkeiten eingeräumt.

Bürgerinnen und Bürger des Landes haben diese vorübergehenden Freiräume genutzt, um sich für ein demokratisches China einzusetzen. Auch diese vorläufig gescheiterten Alternativen waren und sind Teil der gesamtgesellschaftlichen Dynamik und verdienen eine Stimme.

Diese historische Perspektive auf das postmaoistische China wird im ersten, chronologisch strukturierten Teil des Buches eingenommen (► [Kap. 2](#)), in dem der Reformprozess als Abfolge wechselnder Führungsgenerationen dargestellt wird, die in spezifischen nationalen und internationalen Kontexten agierten und eine je eigene Programmatik verfolgten. Sie wurden dabei wiederholt von Aktivistinnen und Aktivisten herausgefordert, die versuchten, mehr Mitwirkung zu erkämpfen oder sogar einen Systemwandel herbeizuführen. Die folgenden Kapitel (► [Kap. 3–6](#)) sind systematisch angelegt und umreißen die wesentlichen Kennzeichen von Politik, Wirtschaft, Außenpolitik und Gesellschaft Chinas. Dabei wird auch zu zeigen sein, wie diese vier Bereiche zusammenhängen, konkret: wie ein autoritäres Regime immer neue Wachstumsstrategien verfolgt und hierfür gezielt bestimmte Bevölkerungsgruppen als Produzenten oder Konsumenten mobilisiert. Überschneidungen zwischen chronologischen und systematischen Kapiteln sind nicht zu vermeiden, denn jedes Kapitel soll in sich selbst verständlich sein. Wo ein Punkt nur angerissen werden kann, wird auf umfassendere Ausführungen in einem anderen Kapitel verwiesen.

Schließlich muss noch auf ein grundsätzliches Problem zeithistorischer Darstellungen hingewiesen werden: Wo wird das Ende gesetzt? Und welche Bedeutung hat ein solcher zeitlicher Schnitt für ein Gesamtnarrativ – und seine imaginierte Fortschreibung in die Zukunft? Diese Schwierigkeit besteht besonders in Bezug auf einen äußerst dynamischen Gegenstand wie China und vor dem Hintergrund einer fast schon dramatisch wechselnden Weltlage. Die Arbeit am Manuskript dieses Buches begann Anfang 2017 und endete im März 2021. In diesen Zeitraum fallen die Kodifizierung der Machtkonzentration bei der KPCh und ihrem Vorsitzenden Xi Jinping 2017/18 und die Verstärkung der staatlichen Repression, wie sie sich v. a. in den Randgebieten bemerkbar macht. Es wurden die drastischen Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang bekannt. Und Hongkong erregte seit 2019 mit Massenprotesten die Aufmerksamkeit der

Weltöffentlichkeit – und mit von Peking erlassenen Gesetzen, die der Hoffnung auf eine Demokratisierung der »Sonderverwaltungszone« ein vorläufiges Ende bereiteten. Global waren die Jahre seit 2017 geprägt von der Amtszeit des US-Präsidenten Donald Trump, der sich mit dem Slogan »America first« von multilateralen Institutionen verabschiedete und China in einen Handelskrieg zwang. Sein Nachfolger Joe Biden kehrt zwar zum Prinzip des Multilateralismus zurück, behält den ökonomischen Protektionismus und den konfrontativen Kurs gegenüber China aber bei. Auf diesen schwang auch die EU-Kommission ein, die China 2019 zum »systemischen Rivalen« erklärte. Die Anfang 2020 ausgebrochene Corona-Pandemie schließlich dürfte sich nicht nur momentan verheerend auf die einzelnen Länder der Welt ausgewirkt haben, sondern globale Kräfteverhältnisse weiter verschieben. Jeder der genannten Aspekte ändert die Perspektive auf China. Dass das vorliegende Buch im März 2021 endet, ist aber eine rein pragmatische Entscheidung und soll keine Aussage über die Zukunft des Landes implizieren. Spekulationen über Chinas Zukunft werden im abschließenden Kapitel des Buches (► [Kap. 7](#)) eigens problematisiert.

Dieses Buch ist als Einführung in die Geschichte Chinas seit 1978 gedacht. Es richtet sich an Studienanfängerinnen und -anfänger des Faches Sinologie und an Leserinnen und Leser jenseits der Fachwelt, die an globalen Entwicklungen und speziell an China interessiert sind. Das Buch versteht sich als Sachbuch, das den aktuellen Wissensstand wiedergibt und mit ausgewählten Literaturempfehlungen zu einer Vertiefung der hier präsentierten Einsichten einlädt.¹⁰ Es ist gleichzeitig geprägt von meinen eigenen, langjährigen Auseinandersetzungen mit der Geschichte und Gegenwart Chinas, Studien- und Forschungsaufenthalten, Reisen, Begegnungen und Gesprächen im Land selbst. Bei der Recherche für das Manuskript wurde ich unterstützt von meinen studentischen Hilfskräften Joleen Meiners und Ricardo Rudas Meo. Hilfreiche Kommentare zu früheren Fassungen und wichtige Gespräche über einzelne Probleme verdanke ich meinen Kolleginnen und Kollegen Nina Degele, Jennifer Stapornwongkul und René Trappel. Peter Kritzinger und Ronja Schrand

vom Kohlhammer Verlag haben den Band kompetent betreut. Allen genannten Personen danke ich sehr herzlich.

Weiterführende Literatur

Fingar, Thomas/Oi, Jean C. (Hg.) 2020: *Fateful Decisions, Choices That Will Shape China's Future*, Stanford.

Fischer, Doris/Müller-Hofstede, Christoph (Hg.) 2014, *Länderbericht China*, Bonn.

Joseph, William A. (Hg.) 2019: *Politics in China, An Introduction*, 3. Auflage, New York.

Lam, Willy Wo-Lap (Hg.) 2018: *Routledge Handbook of the Chinese Communist Party*, London und New York.

Rudolph, Jennifer/Szonyi, Michael 2018: *The China Questions, Critical Insights into a Rising Power*, Cambridge und London.

2 Von Mao Zedong zu Xi Jinping: Wechselnde Führungsgenerationen und ihre Programmatik

Mit dem Tod Mao Zedongs im September 1976 ging in China die Ära des Sozialismus de facto zu Ende. Nach einer Übergangsphase von zwei Jahren setzte sich Deng Xiaoping 1978 als neuer »starker Mann« Chinas durch. Er leitete den bis heute andauernden Prozess von »Reform und Öffnung« in die Wege, in dessen Zuge die KPCh eine fundamentale Umgestaltung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Chinas vornahm. Dieser Prozess war nicht voraussetzungslos, er folgte keiner Blaupause, und er zeichnete sich durch ein sehr flexibles und experimentelles Vorgehen aus (► [Kap. 4.2](#)). Er verlief auch keineswegs so linear, wie die Wachstumskurven der ersten Reformdekaden suggerieren, denn um immer neue Wachstumspotentiale zu erschließen, wurden ökonomische Schwerpunktverlagerungen und Kursänderungen vorgenommen (► [Kap. 4.3](#)). Auch außenpolitisch positionierte sich China zu verschiedenen Zeitpunkten neu (► [Kap. 5](#)). Das heutige China ist also nicht das zwangsläufige Ergebnis einer Entscheidung, die 1978 gefällt wurde, sondern es wurde von Akteuren geprägt, die eine Wahl hatten und von anderen – inner- und außerparteilichen – Akteuren herausgefordert wurden. Die Geschichte Chinas seit 1978 ist also auch eine Geschichte der Brüche. Und sie ist eine Geschichte der nicht beschrittenen Wege, die in den Vorstellungen der politischen Opposition aufleuchten, die nicht die Macht hatte, ihre Ideale umzusetzen.

Unter Berücksichtigung der genannten Differenzierungen lässt sich die Geschichte Chinas seit 1978 grob nach Dekaden unterteilen, die ungefähr mit den Regierungszeiten von vier sogenannten

»Führungsgeneration« zusammenfallen. Unter einer Führungsgeneration versteht man den Kern der politischen Führung um das zweiköpfige Führungsteam: Präsident und Parteichef, die seit 1993 eine Personalunion bilden, auf der einen und Ministerpräsident auf der anderen Seite. Beide sind in der Regel für zwei Amtszeiten, also zehn Jahre, an der Macht. Der jetzige Präsident Xi Jinping hat sich mit einer Verfassungsänderung im März 2018 allerdings die Möglichkeit verschafft, dieses Amt unbefristet zu bekleiden (► [Kap. 2.5](#)). Xis Machtfülle stellt einen Bruch mit dem kollektiven Führungsstil dar, dem sich die KPCh nach dem Tod Maos verschrieben hatte. Man könnte deshalb auch von der »Ära Xi Jinping« sprechen.

Die Reformpolitik begann mit der zweiten Führungsgeneration, die nach einer Übergangsphase (► [Kap. 2.1](#)) die erste Generation um Mao Zedong ablöste, und führte bisher in die Amtszeit der aktuellen, fünften Führungsgeneration um Xi Jinping und Li Keqiang (► [Kap. 2.2](#) bis [2.5](#)). Jede dieser vier Führungsgenerationen wies einen spezifischen Erfahrungshintergrund auf, stand vor eigenen, internen und externen Herausforderungen und setzte unterschiedliche politische Prioritäten.

2.1 Deng Xiaoping und der Übergang von der »Kulturrevolution« zu »Reform und Öffnung« (1970er Jahre)

Hatte China seit der Machtübernahme der KPCh 1949 zwar beachtliche Entwicklungserfolge zu verzeichnen, die auch eine gute Ausgangslage für die spätere Reformpolitik darstellten, so wurden diese bald von der Spaltung der politischen Führung überschattet. Die maoistischen Exzesse von »Großem Sprung nach vorn« (1958–1961) und »Großer proletarischer Kulturrevolution« (1966–1976) hatten jeweils verheerende Auswirkungen und zeitigten viele Todesopfer. Am Ende der Kulturrevolution waren die Strukturen und personellen Grundlagen von Staat und Partei erschüttert, das Bildungswesen lag am Boden, und die gesamte Bevölkerung litt Hunger und Armut.

Übergangsphase und Konflikt um die Nachfolge Maos

Der Übergang von der Kulturrevolution zu »Reform und Öffnung« wird in der Regel entlang der offiziellen chinesischen Periodisierung dargestellt. Demnach dauerte die Kulturrevolution zehn Jahre, von 1966 bis 1976, und wurde mit dem Tod Mao Zedongs im September 1976 und der Verhaftung der »Viererbande« einen Monat später beendet. Nach einer zweijährigen Übergangsphase unter Hua Guofeng wurde auf dem Dritten Plenum des Elften Zentralkomitees im Dezember 1978 von Deng Xiaoping die Periode von »Reform und Öffnung« eingeleitet. In dieser Periodisierung erscheint der Übergang von Mao zu Deng als klarer Bruch. Die Verfehlungen der Partei können so in die Vergangenheit verbannt und auf einen kleinen Kreis von Verursachern – die »Viererbande« und Mao in der Phase seiner »linken Abweichungen« – abgeschoben werden. Mit der Beschwörung der Schrecken der Kulturrevolution lässt sich gleichzeitig eine grundsätzliche Neuausrichtung legitimieren.

Tatsächlich ist es aber schwierig, das Ende der Kulturrevolution und den Beginn von »Reform und Öffnung« klar zu datieren. Sinnvoller scheint es, die 1970er Jahre als eine Übergangsphase zu verstehen, in der der Konflikt um die Nachfolge Maos fortbestand und die Machtverhältnisse zwischen radikalen und moderaten Kräften unentschieden waren. Diese Übergangsphase setzte die auf dem Neunten Parteitag 1969 offiziell als »siegreich« bezeichnete Kulturrevolution insofern fort, als das gesamte System bis zu seinem Tod auf Mao Zedong ausgerichtet blieb, der sich aber nicht eindeutig für eine bestimmte Gruppierung und politische Linie aussprach.

Der Tod des Verteidigungsministers Lin Biao 1971 bedeutete zwar eine deutliche Schwächung der Radikalen, gleichzeitig war die Nachfolgefrage damit erneut offen – Lin war vom Neunten Parteitag als Nachfolger Maos bestimmt worden. Auf Seiten der Radikalen versuchte die »Viererbande« um Maos Frau Jiang Qing, die Macht an sich zu reißen und Konkurrenten mit weiteren politischen Kampagnen auszuschalten. Gemäßigte Kräfte um Ministerpräsident Zhou Enlai und den 1972 rehabilitierten Deng Xiaoping bemühten sich demgegenüber um innenpolitische Stabilisierung und



Abb. 1: Deng Xiaoping und Jimmy Carter, 1979.

wirtschaftliche Konsolidierung. Aber auch diese Faktion war nicht stark genug, um sich politisch durchzusetzen. Zhou war in seinen letzten Lebensjahren von einer Krebserkrankung gezeichnet, und Deng, der von Mao 1973 zum stellvertretenden Ministerpräsidenten und 1975 sogar zum stellvertretenden Parteivorsitzenden ernannt worden war, wurde zwischen 1976 und 1977 erneut aller Ämter enthoben.

1976 war ein Schicksalsjahr für China. Mit dem Tod Zhou Enlais im Januar und dem Tod Maos im September des Jahres spitzte sich der Konflikt um die Führung des Landes weiter zu. Ein verheerendes Erdbeben im nordchinesischen Tangshan im Juli kostete 240.000 oder sogar deutlich mehr Menschen das Leben – für viele Chinesen, die noch dem traditionellen Denken politischer Zyklen anhängen, das Vorzeichen für einen anstehenden Regierungswechsel. Dieser wurde von Hua Guofeng und dem Militär mit der Verhaftung der »Viererbande« im Oktober 1976 eingeleitet. Hua, Politbüro-Mitglied und Getreuer Mao Zedongs, war nach Zhou Enlais Tod von Mao als dessen Nachfolger im Amt des Ministerpräsidenten und dann auch als stellvertretender

Parteivorsitzender eingesetzt worden. Jedoch verstand es Deng Xiaoping nach seiner erneuten Rehabilitation, einen neuen Kurs durchzusetzen und Hua de facto zu entmachten. Das Dritte Plenum im Dezember 1978 traf Personalentscheidungen und inhaltliche Schwerpunktsetzungen im Sinne Dengs. Hua Guofeng behielt zwar bis 1981 seine Ämter, blieb letztlich aber eine Übergangsfigur.

Mao Zedong wurde nach seinem Tod von der Partei nur bedingt entthront. Zwar führte Deng Xiaoping China nach 1978 schnell aus dem Maoismus heraus, aber eine fundamentale Abrechnung mit dem »großen Vorsitzenden« unterblieb. In einer Resolution zur Parteigeschichte, veröffentlicht zum dreißigsten Jahrestag der Parteigründung 1981, befand die KPCh zwar, dass Mao die Hauptverantwortung für die Kulturrevolution trage, dass insgesamt seine Verdienste die Fehler aber überwögen. Inoffiziell verwendete man auch für Mao die ursprünglich in der Sowjetunion auf Stalin gemünzte Formel von 70 Prozent Verdiensten und 30 Prozent Fehlern. Eine schärfere Verurteilung verbot sich allein deshalb, weil dies auch diejenigen Politiker der ersten Führungsgeneration diskreditiert hätte, die China in die Reformphase führen sollten, und weil die grundsätzliche Autorität der Partei damit in Frage gestellt worden wäre. Bis heute bleibt die Kulturrevolution ein nicht aufgearbeitetes Kapitel in der Geschichte Chinas.

Erste Schritte der Neuorientierung: Außenpolitik und Bildungswesen

Die 1970er Jahre waren nicht nur von der Nachfolgefrage geprägt, sondern es wurden bereits wichtige Schritte der Neuorientierung unternommen. An erster Stelle ist hier das Feld der Außenpolitik zu nennen: Mit der Annäherung an die USA, die im China-Besuch des US-Präsidenten Nixon 1972 gipfelte, und der Übertragung des UN-Sitzes von Taiwan auf die Volksrepublik 1971 wurde der internationalen Isolation der VR China ein Ende bereitet (► [Kap. 5.1](#) und [5.4](#)), und es wurden wichtige Voraussetzungen für die spätere wirtschaftliche Öffnung geschaffen. Auch in den Bereichen Wissenschaft und Technologie wurde bereits vor 1978 ein wichtiger Umbruch vollzogen.

Die Aufwertung dieser Bereiche, die unter den Angriffen der Kulturrevolution besonders stark gelitten hatten, und die Rehabilitierung von Wissenschaftlern waren Kernanliegen Deng Xiaopings, der sich seit 1975 persönlich für die Wiederbelebung der Hochschulen einsetzte. Auf sein Drängen wurden 1977 die landesweiten jährlichen Aufnahmeprüfungen für Universitäten und damit das Leistungsprinzip wiedereingeführt. 5,7 Mio. Kandidaten nahmen im Herbst 1977 an den Prüfungen teil und standen dabei nur 273.000 Studienplätzen gegenüber.¹ Landverschickte Jugendliche, die während der Kulturrevolution bis zu zehn Jahre in den Dörfern zugebracht hatten und dort von jeglicher Bildung abgeschnitten waren, wurden später als »verlorene Generation« bezeichnet. Die durch die Kulturrevolution unterbrochene Bildungsexpansion, die das sozialistische Regime herbeigeführt hatte, erlebte mit der Wiedereinführung der Aufnahmeprüfung einen erneuten Aufschwung.

Zu den bemerkenswertesten Kennzeichen der von Deng Xiaoping eingeleiteten Reformpolitik gehören die Entradikalisierung der Außenpolitik (► [Kap. 5.1](#)) und die große Offenheit gegenüber dem Ausland, die sich in den Reisen Dengs selbst sowie zahlreicher hochrangiger Delegationen gleich zu Beginn des Reformprozesses ausdrückte. Wurde das Ausland unter Mao noch nach ideologischen Kriterien beurteilt und China am Ende sogar dem Ideal der Autarkie verpflichtet, so war Deng bereit, ohne ideologische Vorbehalte von den Ländern der entwickelten Welt zu lernen. Die vielen Auslandsreisen der Umbruchphase vermittelten einen Eindruck davon, wie weit China technologisch und im Lebensstandard von der entwickelten Welt entfernt war. Sie dienten der Orientierung über Technologien und Wirtschaftsformen sowie der Anbahnung von Kontakten, die China für die Umsetzung eines neuen ökonomischen Kurses benötigte. Praktisch ging es dabei v. a. um Kredite und Technologien. Deng, der als junger Mann fünf Jahre in Frankreich und ein Jahr in der Sowjetunion gelebt hatte, gewann 1975 eine erste direkte Anschauung vom Entwicklungsstand der westlichen Industrieländer bei einer vorrangig diplomatisch motivierten Delegationsreise nach Frankreich. Zwischen 1978 und 1979 absolvierte er in einem Zeitraum von nur 14 Monaten fünf große Auslandsreisen, darunter Besuche in Südostasien (Thailand, Malaysia und Singapur), Japan und den Vereinigten Staaten. Diese

Reisen waren von hoher außenpolitischer Bedeutung, ließen aber auch Gelegenheit zu Fabrikbesichtigungen und Treffen mit Wirtschaftsführern der jeweiligen Länder.

Ideologische Wende und »Pekinger Frühling«

Praktizierte Offenheit hatte auch eine grundsätzliche ideologische Wende zur Voraussetzung, denn im Verlaufe der Kulturrevolution hatten die Worte und Maßgaben Mao Zedongs den Status unumstößlicher Wahrheiten angenommen. Es war auch das Feld der Ideologie, auf dem nach Maos Tod der Machtkampf zwischen den Getreuen Maos und den Reformkräften ausgetragen wurde. Letztere setzten sich mit Parolen durch, die praktische Resultate über ideologischen Dogmatismus stellten: »Praxis als einziges Wahrheitskriterium« oder »die Wahrheit in den Tatsachen suchen«. Langfristig gesehen wurde diese Verpflichtung auf die »Praxis« die Grundlage einer Legitimation der Herrschaft der KPCh durch ökonomischen Erfolg. Die Losung der »Vier Modernisierungen« – gemeint waren die Modernisierung von Landwirtschaft, Industrie, Militär sowie Wissenschaft und Technik –, die die frühen Reformjahre prägte, stellte im Prinzip das Aufschließen an die entwickelten Länder in Aussicht. Dies tat zumindest Zhou Enlai 1975 in einer früheren Variante der Losung. Demgegenüber verzichtete Deng Xiaoping bald auf den Vergleich mit den westlichen Industrieländern. In einem Treffen mit einer britischen Delegation sprach er im März 1979 erstmals von den »Vier Modernisierungen chinesischer Art« und gegenüber dem japanischen Premierminister im Dezember des Jahres von der Schaffung einer »Gesellschaft des bescheidenen Wohlstands« als Modernisierungsziel. Der Begriff der »Vier Modernisierungen« war erfolgreich, weil er alle wesentlichen gesellschaftlichen Gruppen einschloss, dabei aber auch so vage blieb, dass sich daran keine weiteren ideologischen Auseinandersetzungen entzünden konnten. Ideologisch brisant war natürlich v. a. die Frage, ob marktwirtschaftliche Prinzipien, wie sie de facto gleich zu Beginn der Reformphase in ausgewählten Bereichen praktiziert wurden (► [Kap. 2.2](#)), mit dem Sozialismus vereinbar seien. Trotz früherer Vorstöße

einzelner Theoretiker wurde sie erst 1992 mit der Formel der »sozialistischen Marktwirtschaft« bejaht (► [Kap. 2.3](#) und [4.1](#)).

Die genannten ideologischen Entwicklungen zeigen, dass um 1978 entscheidende Weichen zu einer ideologischen Öffnung gestellt wurden. Die Partei war aber nicht bereit, ihr Machtmonopol aufzugeben, und die Grenzen zu einem Systemwechsel wurden bereits im März 1979 mit der Bekanntgabe der sogenannten »Vier Grundprinzipien« gezogen: Festhalten am sozialistischen Weg, an der demokratischen Diktatur des Volkes, an der Führung durch die KPCh sowie am Marxismus-Leninismus und dem Mao-Zedong-Denken. Die »Vier Grundprinzipien« waren die Antwort auf eine Kritikbewegung, die im November 1978 mit kritischen Wandzeitungen an einer Mauer am Verkehrsknotenpunkt Xidan im Stadtzentrum Pekings ihren Anfang nahm. Diese Bewegung wurde später »Mauer der Demokratie« oder »Pekinger Frühling« genannt. Sie war vorrangig von jüngeren Menschen getragen, viele davon frühere Rote Garden, die ihre kritische Haltung in Form von Wandzeitungen, Essays, Gedichten oder Berichten über ihre persönlichen Erfahrungen in der Kulturrevolution zum Ausdruck brachten, teils ausgehängt an der Xidan-Mauer, teils veröffentlicht in selbstgedruckten Zeitschriften. Die Kritik konzentrierte sich zunächst auf die Kulturrevolution, die Fehler Maos, die ideologische Linie Hua Guofengs sowie die Niederschlagung einer ersten, gegen die Kulturrevolution gerichteten Protestbewegung im April 1976. Deng Xiaoping ließ der Bewegung zunächst freien Lauf, weil sie ihm in seiner Auseinandersetzung mit linken Kräften nutzte. Die stetig wachsenden Menschenmengen am Xidan und die Ausbreitung radikalerer Gedanken, insbesondere die Kritik am sozialistischen System als solchem sowie Forderungen nach Menschenrechten und Demokratie, bewogen ihn aber Ende März 1979 dazu, die Bewegung zu unterdrücken. Die Pekinger Stadtregierung ließ alle Arten von Äußerungen, die sich gegen die kurz darauf so verkündeten »Vier Grundprinzipien« richteten, verbieten, was das Ende der Bewegung bedeutete. Der Aktivist Wei Jingsheng, der mit der Forderung nach Demokratie als »fünfter Modernisierung« besonders weit gegangen war, wurde festgenommen und zu 15 Jahren Haft verurteilt. Er musste diese Strafe fast vollständig absitzen, nahm nach seiner Entlassung 1993 den Kampf für Demokratie aber sofort wieder auf, wurde deshalb

1994 erneut zu 14 Jahren Haft verurteilt und 1997 in die USA abgeschoben, wo er sich bis heute für Demokratie und Menschenrechte in China einsetzt. Im rigorosen Vorgehen gegen den »Pekinger Frühling« deutete sich die bis heute gültige Grenze einer politischen »Öffnung« Chinas an.

2.2 Zweite Führungsgeneration: Beginn der ökonomischen Reformen und Tiananmen-Krise (1980er Jahre)

1980/81 wurde das Führungsteam eingesetzt, das die Reformpolitik umsetzen sollte: Zhao Ziyang als Ministerpräsident (1980–1987) und Hu Yaobang als Generalsekretär der KPCh (1981–1987). Beide waren Protegés Deng Xiaopings. Die reale Macht teilten sie – typisch für diese erste Dekade nach Maos Tod – noch mit den Parteiälteren, die zwar keine formalen Ämter innehatten, über ihre Mitgliedschaft in der zwischen 1982 und 1992 existierenden »Zentralen Beratungskommission« aber weiterhin großen Einfluss ausübten. Deng Xiaoping selbst verfügte, vom Vorsitz über die Zentrale Militärkommission (1981–1989) abgesehen, über kein offizielles Führungsamt mehr in Staat oder Partei, war aber der neue »starke Mann« Chinas. Erst in den frühen 1990er Jahren, nachdem er sichergestellt hatte, dass die Niederschlagung der Tiananmen-Proteste nicht das Ende von »Reform und Öffnung« bedeuten würden, zog er sich aus der politischen Arbeit zurück.



Abb. 2: Ministerpräsident Zhao Ziyang, 1985.

Mit der Einsetzung Zhao Ziyangs und Hu Yaobangs, der endgültigen Ausschaltung Hua Guofengs 1981 sowie der Abrechnung mit Mao und der Kulturrevolution in der Partieresolution desselben Jahres war der Maoismus Geschichte, und die Weichen für einen Reformkurs waren gestellt. Aus der Einmütigkeit, mit der wichtige Kräfte in Partei und Armee diese Wende herbeigeführt hatte, erwuchs aber noch kein Konsens über den genauen Verlauf des zukünftigen Kurses. Während Reformkräfte um Deng Xiaoping, Zhao Ziyang und Hu Yaobang vor tiefen Einschnitten nicht zurückschreckten, hatten konservative Kräfte um den Parteiälteren Chen Yun eher eine Fortsetzung der Planwirtschaft im Sinn, die maßvollen Korrekturen unterzogen werden sollte. Die 1980er Jahre waren deshalb von innerparteilichen Konflikten geprägt, die zwar bei weitem nicht das Ausmaß früherer Linienkämpfe annahmen, sich aber doch in einem wechselhaften politischen Kurs niederschlugen: Ökonomische Reformschübe, die zwangsläufig Ungleichgewichte erzeugten, wurden regelmäßig von

einer Politik der Austerität abgelöst, und wiederholte Vorstöße der politischen Liberalisierung mündeten immer wieder in Kritikkampagnen und Repression. Typisch für die 1980er Jahre sind das experimentelle Vorgehen und die Vermeidung der Institutionalisierung von Reformen, welche einen grundsätzlichen Konsens innerhalb der Partei zur Voraussetzung gehabt hätte. Ebenso ist von den 1980er Jahren als der Phase der »Reformen ohne Verlierer« die Rede, weil auf tiefgreifende Rationalisierungsmaßnahmen, die zu massiver Arbeitslosigkeit geführt hätten, verzichtet wurde. Ein entschiedener institutioneller Umbau wurde erst in den 1990er Jahren vorgenommen (► [Kap. 2.3](#) und [4.2](#)).

Ökonomische Reformen

Als Deng Xiaoping 1978 erste Schritte zu einem Kurswechsel unternahm, hatte die Weltgeschichte noch kein Beispiel der erfolgreichen Reform eines sozialistischen Systems bereitgestellt. Der Kurs von »Reform und Öffnung« konnte keinem Plan folgen, sondern wurde schrittweise ausgehandelt und experimentell beschritten (► [Kap. 4.2](#)). Die Dynamik dieses Prozesses speiste sich aus diversen Quellen: dem Reformwillen der zentralen Akteure in Peking, die lokale Experimente zuließen, den Rat ausländischer Experten einholten und Think Tanks einsetzten, um Reformpläne für einzelne ökonomische Sparten und Problemlagen erarbeiten zu lassen; Vorstößen regionaler Politiker, die nach Lösungen für spezifische Problemlagen ihres Zuständigkeitsbereiches suchten; aber auch Kräften ganz außerhalb der politischen Sphäre: Privatunternehmern, die Nischen besetzten und die Spielräume für privatwirtschaftliche Aktivitäten austesteten, sowie Intellektuellen, die sich in einem liberaleren Umfeld immer weiter vom Marxismus-Leninismus entfernten und schließlich eine fundamentale Neuorientierung forderten.

Schrittmacher der tiefgreifenden Änderungen, die sich bereits in den 1980er Jahren abzeichneten, aber auch Gegenstand der Konflikte innerhalb der politischen Elite und mit Auslöser der Proteste von 1989 waren, waren die Wirtschaftsreformen. Grundsätzlich trafen alle neuen Maßnahmen, die über ein vorsichtiges Zugeständnis an Marktkräfte

hinausgingen, sowie die Ausrichtung an hohen Wachstumsziffern auf die Kritik der Konservativen um Chen Yun, die v. a. die ökonomische Stabilität gewahrt wissen wollten. Reformvorstöße (1978/79, 1984, 1987), die tatsächlich Haushaltsdefizite, den Abfluss von Devisen und steigende Preise verursachten, wurden auf Druck dieser Gruppierung in der Partei von Phasen des Reformstillstands und der Haushaltsdisziplin abgelöst (1980/81, 1985/86 und 1988). Die Reformen verliefen also zyklisch.

Die ersten Maßnahmen zu einer Reformierung des Wirtschaftssystems wurden gleich um 1978 im ländlichen China, im Bereich der städtischen Dienstleistungen und im Außenhandel ergriffen (► [Kap. 4.3](#)). Durch den Übergang zum System der »Haushaltsverantwortlichkeit« – im Prinzip eine Abkehr von kollektiven Bewirtschaftungsformen –, weitere Maßnahmen in der Landwirtschaft und die Belebung der ländlichen Industrien konnten die ländlichen Einkommen deutlich erhöht werden. Das Wachstum der ersten Reformdekade war vorrangig diesem ländlichen Boom zu verdanken. Höhere landwirtschaftliche Erträge und die Zulassung kleiner privatwirtschaftlicher Betriebe in den Städten – kleine Läden und Verkaufsstände, Garküchen, Reparaturstände usw. – verbesserten schnell die Versorgungslage landesweit. Mit der Eröffnung von vier Sonderwirtschaftszonen (► [Kap. 4.3](#)) wurde das Muster der exportorientierten Produktion in die Wege geleitet.

Diese ersten Reformmaßnahmen der frühen 1980er Jahre bargen wenige Risiken und zeitigten schnell sichtbare Erfolge. Anders sah es mit der Planwirtschaft als solcher aus, die zentrale ökonomische Teilbereiche betraf, von denen jeder einzelne potentiell große Ungleichgewichte wie Arbeitslosigkeit, Inflation und Haushaltsdefizite auslösen konnte: die Staatsbetriebe in den Städten, die Organisation von Arbeit und der Arbeitsmarkt, das Preissystem, das Bankensystem, der Handel usw. Zwei Reformpakete 1984 und 1987 nahmen die Reform der Staatsbetriebe (► [Kap. 4.1](#)) und des Preissystems in Angriff. Eine größere Autonomie der Manager sollte den Produktionsprozess effizienter machen – eine Maßnahme, die allerdings nur sinnvoll war, wenn gleichzeitig der Plan beschnitten und die Preise freigegeben würden. Besonders die Freigabe der Preise stellte sich aber problematisch dar, denn die Inflation, die damit ausgelöst wurde,